

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

**Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg**

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balz)

**mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden**

Nr. 155.

Donnerstag, den 5. Juli 1923.

163. Jahrgang.

## Belgien vermittelt zwischen England u. Frankreich

Die belgische Antwort.

Paris, 5. Juli. Ueber die vorgewiesenen Unterredungen Lord Curzons mit dem französischen und dem belgischen Vorkämpfer in London wird offiziell das strenge Stillschweigen beobachtet. Nur so viel wurde bekannt, daß Graf Saint-Aulaire dem englischen Minister Außenküufe über eine Reihe der von England gestellten Fragen geantwortet hat, ohne eine schriftliche Antwort zu überreichen. Lord Curzon soll weitere Aufforderungen verlangt und zum ersten Male den Wunsch nach schriftlichen Aufzeichnungen ausgesprochen haben. Auch der belgische Vorkämpfer hat, wie aus Brüssel gemeldet wird, nicht eine schriftliche Note seiner Regierung überreicht; dagegen aus eigenem Ermessen eine rein berufliche Aufzeichnung zur Unterstützung seines mündlichen Vortrages übergeben. Im Uebrigen scheint es, daß der belgische Vorkämpfer eine Vermittlerrolle spielt und eine Konferenz, der verbandeten Ministerpräsidenten ausgesetzt hat. Auch das wird jedoch aus Brüssel als ein rein persönlicher Schritt bezeichnet.

Brüssel, 5. Juli. Der Minister des Aeußeren hat vorgestern dem Vorkämpfer in London beauftragt, die belgische Antwort auf die englische Fragestellung zu übergeben. In der Note befinden sich die beiden Fragen: Was bezieht die belgische Regierung unter der Bezeichnung des passiven Widerstandes? und Welche Form der Weigerung soll an der Ruhr eingeführt werden, wenn dieser passive Widerstand ausbricht? Die Antwort der belgischen Regierung auf diese Fragen ist gleichlaufend mit der französischen. Unter der Bezeichnung des passiven Widerstandes versteht die belgische Regierung, das ist der belgische Vorkämpfer der deutschen Regierung an die Bevölkerung zurückgezogen werden und ebenso sollen die Beschlagnahmen aufgehoben, die gemacht wurden, um die Engländer zu unterstützen. Außerdem soll die deutsche Regierung die Leute auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die deutsche Regierung muß die notwendigen Maßnahmen nennen, um die Sicherheit der Belgien an der Ruhr zu gewährleisten. Wenn Deutschland formell sich bereit findet, soll die deutsche Regierung die Leute auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die deutsche Regierung muß die notwendigen Maßnahmen nennen, um die Sicherheit der Belgien an der Ruhr zu gewährleisten.

### Die Berliner Besprechungen.

Nuntius Paacelli beim Reichstag.

Berlin, 5. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags fand noch eine weitere Besprechung zwischen dem Reichsfürstler Dr. Cuno und dem Nuntius Paacelli statt. Der Vertreter des Heiligen Stuhls drückte den Wunsch des Papstes nach Ausdruck, daß die Regierung sich gegen die Sabotageakte wenden möchte. Die Weigerung wurde ihm so eher in der Lage, diesem Wunsch stattzugeben, als gerade der Reichsfürstler zu wiederholten Malen sich gegen solche Äußerungen hat. Heute wird eine neue Besprechung zwischen Dr. Cuno und dem Nuntius Paacelli stattfinden. Die Fragen, die mit dem Nuntius besprochen werden, betreffen die belgische Erklärung, die die Regierung sich vorgewiesentlich noch heute Abend in einer offiziellen Veröffentlichung durch die Presse gegen Sabotageakte werden wird. Gleichzeitig werden auch die belgischen Angelegenheiten, voraussetzlichlich mit Ausnahme der Deutschnationalen, eine ähnliche Erklärung abgeben. Innerhalb der Sozialdemokratie war der Wunsch nach einer offiziellen Äußerung in der Reichstagsrede nach der Sitzung der letzten langgeordnet. Der Reichsfürstler machte die Forderung der Franzosen auf die aufwendigsten Folgen aufmerksam. Heute wird in einer Sitzung darüber entschieden werden, ob auch die sozialdemokratische Fraktion sich die Ansicht ihrer Führer, die die Meinung des Reichsfürstlers sich nicht verhehlen können, zu eigen macht. In den Besprechungen war von dem Abgeordneten Dr. Stresemann der Bericht über die Besprechungen, die Reichsfürstler oder den Reichsaussenminister über die mit Paacelli verhandelten Fragen in einer Sitzung des Ausschusses Aussprüche sprechen zu lassen. Dieser Bericht wurde von der Regierung abgelehnt. Auch wünscht die Regierung keine gemeinsame internationale politische Äußerung, die sich heute oder morgen im Reichstags bei der Erörterung der Steuervorlagen einstellen könnte.

### Deutschland fordert Aufklärung in Rom.

Der Bericht beim Papst.

Rom, 4. Juli. Infolge des Papstbriefes und des Telegramms des Nachbarnhelfers an den Nuntius in München hat sich der deutsche Vorkämpfer beim Papst ein Brief an den Nuntius gegeben und ist vom Papst empfangen worden. Er legte ihm die Haltung seiner Regierung zur Aufklärung dar und wies darauf hin, daß die blutigen Gewalttaten fern seien, zu denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete in der Besatzungszeit über das Gebot der Regierung getrieben wurde. Die deutsche Regierung könne meistens nicht einmal das Umfange und den Charakter der blutigen Zwischenfälle im besetzten Gebiet genau feststellen lassen, da sie von keiner Verwaltung ganz ausgeschlossen ist. Sie wisse nicht, ob das jüngste Unglück die Folge eines Sabotageaktes oder irgendeines unglücklichen Zufalles sei, da sich der Verkehr in diesem Gebiet unter außerordentlichen Umständen abspiele. Der deutsche Vertreter hat den Papst auch um Aufklärung ersucht, ob das Telegramm an den Nuntius das Verhalten des Heiligen Stuhles über den passiven Widerstand ausdrückt, den die Ruhrbevölkerung der französischen Regierung entgegensetze, oder ob es sich nur auf die Beurteilung der Auslieferung eines einzelnen beziehe, wie seine Regierung nach dem Wortlaut annehme. Diese Auslegung wird nun durch eine Mitteilung aus dem Vatikan bestätigt, wonach es ein Verum wäre, die Vorstellungen des Nuntius in München als eine Bestätigung der Beurteilung des passiven Widerstandes zu betrachten. Der Papst habe sich nicht dagegen ausgesprochen, noch die deutsche Regierung zur Aufgabe des passiven Widerstandes auffordern wollen, da er sich über den deutsch-französischen Gegensatz stelle.

## Volksdienst ist Volksoffer!

Darum geht weiter zum Deutschen Volksoffer!

### Die Montanindustrie für unbedingtes Durchhalten.

Berlin, 4. Juli. Die Montanindustrieverammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, die heute in Berlin stattfand, hat mit einer Resolution beschlossen, die nur die Mitglieder aus den besetzten Gebieten müssten infolge der neuesten Besatzungsmaßnahmen der Einrückungsmasse zum großen Teil fernbleiben. Der Vorsitzende, Justizrat Dr. Ing. Wilhelm Meyer, Groß-Heide, erinnerte an die Verantwortung des deutschen Volkes infolge der Beschlagnahme von Betrieben, insbesondere den Mangel an Brennstoffen, der die Industrie fast lähmend und durch die Befreiung des Ruhrgebietes noch wesentlich verschlimmert worden ist.

Wichtiges durch das Feindverhältnis im Ruhrgebiet sagte der Redner in martialischen Worten die Untergang des Reiches, die Verluste des Reiches an Arbeitskraft und die Verluste der Industrie an. Infolge der Teilnahme aller der Volksgenossen im besetzten Gebiet, den großen Krieges, werden die Männer aus den besetzten Gebieten, die es nötig ist, dafür zu büßen, daß die Deutschen sind. Diesen Verlust gegenüber ist jedes Opfer, das das unbesetzte Gebiet bringt, ein Kinderspiel, und tatsächliche Unterstützung der Arbeiter und Arbeiterinnen an Rhein und Ruhr hat und. Die einzige Waffe, die die deutsche Bevölkerung hat und die Einmütigkeit des deutschen Volkes, nur so kann man die deutsche Lande wieder zur Freiheit bringen und ihnen helfen, sich emporen zu lassen.

### Schwere Sanktionen über Duisburg.

Paris, 4. Juli. Nach einer Zusammenkunft mit Wachen ist wegen der Duisburger Explosion im Einverständnis mit dem belgischen Kriegsminister die Stadt Duisburg mit

Anzeigenpreis: Der gewöhnliche Millimeter Satzraum 400 Mk. und der gewöhnliche Millimeter Reklameraum 1600 Mk. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf seine Eingabe bei deren Aufgabe mit 1000 Mk. im Zahlung genommen. Abrechnung 1200 Mk. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigenkündigung vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sondervertrag. Fernsprecher Nr. 100.

### Der gefährliche Neutralisierungsgedanke.

Einer der schwersten, vielleicht der schwerste Fehler der englischen Politik war es, einen Vorschlag zur Neutralisierung der Rheinlande zu machen. Neutralisierung im dem Sinne, daß im Rheinland und einem 50 Kilometer breiten Streifen rechts des Rheines kein deutsches Militär mehr gehalten werden dürfte, daß diese Demilitarisierung durch eine internationale Gendarmerie überwacht und durch eine internationalisierte Kontrolle der rheinischen Grenzen gesichert werden sollte. Und es war gefällig einer der größten Schwachpunkte der französischen Politik, diesen Gedanken der Neutralisierung als das Mindestmaß der Garantien zu bezeichnen, die für die Sicherheit Frankreichs notwendig seien.

Aus welchen Gedanken und Zielen der englischen Politik ist dieser Gedanke der Neutralisierung der Rheinlande geboren? Es konnte den Engländern unmöglich verborgen sein, daß sie damit zu einem gefährlichen Experiment griffen. Der Zweck war zu durchsichtig: England wollte durch das Mittel der Neutralisierung die französischen Truppen vom Rhein abdrängen; wollte eine neutrale Ländergrenze zwischen den alten Gebieten schaffen, eine neutrale Ländergrenze, die oben im Norden an Holland und Luxemburg und unten an die Schweiz ein für allemal ein unüberwindliches Hindernis für die französischen Randgebiete bilden sollte. Damit aber wäre die englische Vorherrschaft über Europa wieder hergestellt und auf absehbare Zeit gesichert gewesen. Lloyd Georges Vorschläge für einen „Garantievertrag“, für einen „Pakt der Nationen“, für einen „Gottfriedevorvertrag“ hatten dasselbe Ziel im Auge. In Frankreich erkannte man die englische Politik sofort und hatte die Gegenforderung: die französischen Truppen bleiben so lange am Rhein und behalten Handlungsfreiheit, bis Deutschland alle Schuld bezahlt hat. Ist das geschehen, dann muß die Sicherheit Frankreichs durch eine Neutralisierung der Rheinlande gesichert werden. Das heißt auf gut Deutsch: wir bleiben solange am Rhein und marschieren und besetzen soviel Ruhr wollen, bis die Angerben des Rheinlandes gesichert ist.

England muß einsehen, daß seine politische Bedingung falsch ist. Eben hat Poincaré im Senat England die entsprechende Antwort nochmals gegeben und abgelehnt. Die Herren Curzons und Timmerman sind die Vertreter Europas und kümmern sich um den Zweifel um die englische Politik, das ist der kurze Inhalt der Rede Poincarés. Engla und muß also sehen, daß seine Politik und Diplomatie gescheitert ist. Mit den bisherigen Mitteln und auf dem bisherigen Wege ist nichts zu erreichen.

Zugleich aber ist der Gedanke einer Neutralisierung der Rheinlande in der Welt auf fruchtbarer Boden gefallen. Die Welt ist müde des ewigen Streites zwischen Deutschland und Frankreich. Sie sieht, daß Frankreich von Rhein nicht weichen will. Um nun endlich zu einem Frieden in Europa zu kommen, ist man geneigt, Frankreich die Konzeption der Neutralisierung der Rheinlande zu machen. Und dabei glaubt man, was wunder für einen klugen diplomatischen Streich zu tun. Zudem wußte bis jetzt die französische Politik mit Hilfe von Doreen und Smeets immerhin den Schein einer sogenannten rheinischen separatistischen Bewegung aufrecht zu erhalten. Mit voller Abhängigkeit hat die englische Politik durch die „Eberwieser“-Entscheidung diesem Streichverdienst die Wasse heruntergerissen. Soll das eine neue Art der englischen Politik antücken?

Wie dem auch sei, für das deutsche Volk ist eine Neutralisierung der Rheinlande unannehmbar. Es ist überflüssig zu fragen, warum. Sie ist vor allen Dingen unannehmbar für die Rheinländer selbst. Sie sind es, daß, daß über sie bestimmt und gezwungen wird. Man darf ihnen die furchterliche 15jährige Besatzungszeit vertraglich auferlegt, man hat sie der Gewalt der schlimmsten Feinde ausgesetzt. Sie wollen sich nicht länger treten und beschreiten lassen. Sie wollen endlich frei werden, sie wollen nicht mehr das Schicksal und Erbteil der Besatzungsgebiete sein. Sie verlangen das unverfälschte Selbstbestimmungsrecht.

einer Schuld von dreißig Milliarden Mark belegt worden.

Ein Schüler erschaffen.

Dann, 5. Juli. Beim Heberfahren der Geyze in der Nähe von Herne-Landrup wurde ein 13jähriger Schüler aus dem breslauer Kreis erschossen.

Immer noch wird gemeldet, aber an der Spitze der Mar. I. der zwei belgische Züge erschossen und ein dritter verunehrt wurde. Belagte Elektromotoren und Maschinen wurden gestern mittag als Beute gezeugen. Im Anschluß daran erfolgte die Freilassung der als Geiseln fest-





# Das Meisterwerk des Salomi.

Reinhaltsroman von Otto Berndt.

Amerikanisches Copyright 1921  
by Carl Decker, Berlin.  
Nachdruck verboten.

[30]  
Fred blühte sich um. Der Maler lag regungslos auf dem Rücken, der Kopf vornüber. Seine Hände hielten ein Bündel mit Kaufmannsrechnungen, aus der Wunde war Blut geflossen, der Dolch mußte eine Schlagader getroffen haben, denn nicht nur wenige Tropfen waren ausgetreten, sondern fast wie ein kleiner Brunnen hatte sich das Blut ergossen, es war hoch bis zur Decke aufgespritzt und verbreitete sich nun auf dem noch teppichlosen Fußboden als dunkle Lache.  
Er beugte sich über den Maler. Als er den Kopf auf dessen Brust drückte, hörte er ein ganz leises Atmen. Er lebte.  
Was nun? Rätlos fiel Freds Auge auf ein kleines Etui, das dem Maler beim Hinfürzen aus der Tasche gefallen war. Er öffnete, — es war eine Morphiumspitze und ein kleines Fläschchen mit dem Betäubungsmittel.  
Fred nickte. Der Maler war Morphinhint.  
Das kam ihm zuhatten. Schnell füllte er die Spritze mit einer großen Dosis — einem anderen hätte sie tödlich sein können, aber der Mann war ja gewohnt.  
Er freilich des Malers Armeel zurück — er selbst hatte oft in ähnlicher Weise Betäubung der Nerven gesucht — er wagte Befehl. Als die spitze Nadel in die Haut trat, suchte der Schmerz zusammen. Die Augen öffneten sich hingelähmt, aber sie fielen gleich wieder zu.  
Nun stand Fred auf — der war unerschütterlich — die Dosis mußte ihn auf Stunden in Schlaf halten, und wenn er etwas bemerkte, das Mittel konnte wiederholt werden!  
Zunächst steckte er die Morphiumspitze vorsichtig in Alfonso's Tasche zurück. Er hatte für die Einspritzung die linke Hand gewählt, da konnte es leicht glaubhaft sein, daß der Maler sie selbst gemacht habe, besonders, da es nicht die einzige kleine Narbe war, die am Arme vorhanden waren.

Nun war Fred ganz ruhig, jetzt hatte er Zeit. Zunächst eilte er hinunter und legte an der Bordwand noch dem innen den Riegel vor. Jetzt war er vor jeder Ueberraschung sicher. Noch einmal — diesmal mit Absicht — tauchte er seine Hände in das geronnene Blut und wusch sie an den Kleidern des Malers ab, aber nur die Handrücken, er hüte sich, seinen Daumen, der auf der Folie schon 'bekannt' war, mit abzuräumen — in ja etwas war Fred Wilson kein Neuling.

Denn wusch er sich im Schlafzimmer in der Waschklosette, die mit laufendem warmen und kaltem Wasser versehen — den Ofen hatte der vorige Portier vor seinem Auszug noch geheizt — sorgfältig die Hände und überzeugte sich, daß auf seinen Kleidern nicht das geringste Spritzengetöse zu sehen war. Nun also das Geld.

Er wollte eben den Geldschrank von seinem Inhalt befreien, da sah er des Rentiers Briefstapel an der Erde liegen. Sie war ihm wohl bei dem Sturze aus der Tasche gefallen.

Er hob sie auf und öffnete.  
Teufel — die Umstellung über die Willton!  
Schnell barg er sie in seiner eigenen Tasche und jetzt mit dem anderen wichtigsten das Bargeld — mit den Effekten sich zu belasten, hatte ja keinen Zweck.

Da sah er das kleine Geheimbuch. Er schlug es auf — auch das konnte interessant sein — er hatte ja nun keine Veranlassung mehr, umhinzugehen. — Er sah die genaue Aufstellung des gesamten Vermögens — nur die Willton fehlte.

Er überlegte. Natürlich — er konnte mit Leichtigkeit jetzt den Geldschrank ausräumen, er konnte ja auch dieses Geheimbuch einfach vernichten, aber daß Schumann Geld und Geldeswert in seinem Schrank haben mußte, das war wohl bekannt. Auch, daß er Bargeld hatte, wenn dies fehlte und man bei dem Maler auch nichts fand, dann konnte man doch eher an einen Dritten glauben, zumal der Maler sicher leugnete.

Händ sich dagegen das Geheimbuch und dazu alles Geld unterhebt, dann glaubte man um fo mehr an einen Mord

im Effekt, und von dem Erbes Hand stieg ein schmerzhaftes Geräusch. Natürlich, Schumann hatte sich gehängt!  
Und eine Million war schließlich genug.

Er beschloß, alles andere unangefast zu lassen, dann aber machte er sich daran, die Zimmer wieder in Ordnung zu bringen. Zumal das Schlafzimmer, in dem sie vorher gerungen hatten. Er stellte die Stühle zurecht, zog den neuen Vorhang, den Schumann abgerissen, ganz zur Seite, so daß man es nicht bemerkte, und suchte nach dem Revolver. Er konnte ihn nicht finden. Er lag offenbar ganz hinten unter dem sehr schweren Büfett — schließlich — was lag daran? Es war Schumanns Revolver, und der Mord war ja durch ihn nicht geschehen.

Jetzt also war wohl alles in Ordnung. Als er sich noch einmal umblühte, kam ihm ein neuer Gedanke, der ihm das Blut wider durch die Wunden rinnen ließ.

Schumann war tot, tot ohne Hinterlassung von näherem Erben, er war kein Heffe — er — er also war ja der Erbe des ganzen Vermögens, des Schloßes — seiner ganzen Habe geworden!

Oder hatte der Alte ein Testament hinterlassen? Noch einmal griff er zu dem Geheimbuch war es im Geldschrank, dann mußte es dort vergraben sein. Er blätterte zurück.

Natürlich, da stand es verzeichnet.  
Künftigig öffnete er die einzelnen Schubfächer, die Schlüssel war ja da.

„Mein letzter Wille, nach meinem Tode durch den vollständigen Richter zu öffnen.“  
Auch dieses Kubert verfenkte er in seine Tasche. Freilich, wenn es vernichtet wurde, und alles andere war da — ?

Deshalb dachte man wohl nicht an einen Dritten, der einen Raubmord beging, nur um das Testament zu hehlen und würde glauben, daß er es an anderer Stelle deponierte. Und doch, das konnte ihm Schwierigkeiten bereiten, jedenfalls die Erbschaft verzögern, da man erst überall suchen würde

(Fortsetzung folgt).

**TIVOLI.**  
Heute zum letzten Male  
Die  
**schwarze Schmach**  
Freitag bis Sonntag  
**Der Schmied  
von der Ruhr.**  
Anfang 8 Uhr.

**Freiw. Feuerweh.**  
Montag, den 9. Juli  
1923, abends 7 1/2 Uhr:  
**Korpsübung.**  
Das Kommando.  
Vogelbauer mit Ständ  
(Aufbau) u. ein Hebe-  
baum zu verkaufen. Wo?  
zu erfrag. l. d. Exp. d. Bl.

**Rennen  
in Halle**  
Sonntag,  
den 8. Juli,  
nachmitt. 3 Uhr  
**Flach- und Hindernisrennen.**  
Gesamtprize: 35 Millionen.

**TIVOLI.**  
Heute zum letzten Male  
Die  
**schwarze Schmach**  
Freitag bis Sonntag  
**Der Schmied  
von der Ruhr.**  
Anfang 8 Uhr.

**1. Hartlobstverpachtung**  
der hüttenförmigen Anlagen am Dienstag, den 10. Juli  
1923, vormittags 10 Uhr im Rathaus am Markt.  
**2. Schiffslocherverpachtung**  
am Mittwoch, den 11. Juli 1923, vorm. 10 Uhr.  
Sammelplatz: Brauerei-Sportplatz.  
Alles Nähere ist im Stadtbauamt zu erfahren.  
Merseburg, den 5. Juli 1923.  
Der Magistrat.

Die Merseburger Banken, Bankiers und Sparkassen  
beehren sich, davon Mitteilung zu machen, daß  
sie künftighin Aufträge, deren Beträge nicht auf  
volle 100 Mk. lauten, in der Weise zur Ausführung  
bringen, daß die Beträge auf volle 100 Mk. nach unten  
abgerundet werden. Soweit seitens der Kundschaft  
Sammelanträge erteilt werden, zum Beispiel in der  
Weise, daß mehrere Entnahmen avisiert oder mehrere  
Schecks und Wechsel zur Gutschrift übersandt werden,  
wird sich die Abrundung nicht auf die gesamte Summe  
der Geschäftsvorgänge, sondern auf jeden einzelnen  
Vorgang, d. h. auf jede einzelne Entnahme und jede  
einzelne Remesse erstrecken.

**Kinderfest Markranstädt.**  
Das größte Schulfest im Leipziger Kreise  
findet am 8. u. 9. Juli ds. Js. statt.  
An beiden Festtagen gr. Festzug mit  
Preisrähel-Festwagen! 6 richtige  
Gehänge, reichhalt. insgesamt 60000  
als Preise. Turn, Massenaufläufe,  
Volkskämpfe, Riesenfeuerwerk,  
Große Volksbelustigungen,  
Tanzspiele.

**M. R. G.**  
Freitag,  
den 6. Juli  
d. ds. abds.  
8 1/2 Uhr:  
**Monats-  
Derjammung**  
im Bootshaus.  
Stadttheater Halle  
Donnerstag, abds. 7 Uhr:  
**Siegfried.**  
Freitag, abds. 7.30 Uhr:  
**Eine Nacht in  
Venedig.**

**Obstverpachtung  
der Oberförsterei Halle a. S.**  
Am Sonnabend, den 21. Juli 1923, vorm.  
9 1/2 Uhr, soll im „Schäffischen Hof“ in Merseburg  
(Stadthaus) der diesjährige Obstanhang der  
Försterei Merseburg öffentlich meistbietend ver-  
pachtet werden. — Bedingungen im Termin.  
Oberförsterei Halle a. S.

Die Unterzeichneten erlauben sich an die Kund-  
schaft das Ersuchen zu richten, ihnen bei der Er-  
ledigung ihrer bankmäßigen Transaktionen künftighin  
Beträge, die nicht auf volle 100 Mk. lauten, nicht mehr  
anzugeben und schon jetzt dahin zu streben, daß im  
Scheck- und Wechselverkehr die Ausschreibung von Be-  
trägen unterbleibt, die nicht restlos durch 100 teilbar sind.  
Merseburg, im Juli 1923.

**Sauer- u. Südkirschen**  
kaufen jedes Quantum  
**Groß & Co., A. m. G. H.**  
MERSEBURG.

**Friider  
Dien**  
zu kaufen gesucht  
Effert un. J. 3 25  
an die Exped. d. Bl.

**Preise für markenfrees Gebäck!**  
1 Brötchen . . . . . 600 Mark  
1 Semmel . . . . . 1200 Mark  
1 Brot (1900 Gr.) . . . . . 15000 Mark  
Die Preise treten sofort in Kraft!  
Bäcker-Zunung Merseburg.

**Die Merseburger Banken,  
Bankiers und Sparkassen.**

**Gestrickte  
Damen-Jacken**  
in Wolle und Kunstseide  
Jumper — Blusenschoner  
Berchtesgadener - Jäckchen  
empfiehlt in reicher Auswahl und  
vielen modernen Farben preiswert  
**H. Schnee Nachfl.**  
A. & F. Ebermann  
Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

**Rollwand,**  
ca. 3,50 m lang, zu kaufen  
gesucht. Angebote erbeten  
an die Geschäftsstelle d. Bl.  
unter 46723.  
**Telegraphenmaß**  
ca. 25 cm stark, 10 m hoch,  
preiswert zu verkaufen  
Sälterstraße 4.  
**Eleganter Frack**  
mit Hute, 3 mol getr.,  
für filante Figur, 1,85 m  
ar., zu verkaufen.  
Anfragen unter 45123 an die  
Geschäftsstelle d. Bl.

**offriewisches Milchvieh**  
in nur allerbesten Qualitäten  
bei mir zum Verkauf.  
**L. Nürnberger**  
Tel. 28. Merseburg. Tel. 28.

**Ausländer**  
sucht per sofort  
**out möbl. Zimmer.**  
Angebote unt. 46823 an  
die Geschäftsst. d. Bl. erbet.  
**Einm. möbl. Zimmer**  
sucht älterer Herr (Uhr-  
macher). Effert. erb. unt.  
45923 an die Exped. d. Bl.  
**Möbl. Zimmer**  
zu mieten gesucht.  
Efferten un. K 33 an  
die Geschäftsst. d. Bl.

**Stroh  
Wiesen- u. Kleeheu**  
kauft laufend jeden Posten  
**Leipziger Westendbaugesellschaft.**  
Leipzig-Lindenu. Lützenstrasse Nr. 164.  
Fernsprecher 43187.  
**Der freie Kaufmann**  
hat die höchsten Verdienste und kann sich gegen  
Geldentwertung schützen durch Uebernahme des  
un. erfindlichen  
Artikel! Nächste  
laufend zum  
und Provision. Selbstständigkeit erstrebende Herren mit  
ca. 1 1/2 Millionen f. Vager m. f. unter O. A. 6216  
an Bernhard Arndt. Amt. Exped. Berlin W. S.

**Wanzen  
Schwaben**  
Zentr.-Drog. Kupper, Markt 17.  
**Niedaal  
Nicolshwab.**

**TIVOLI.**  
Heute zum letzten Male  
Die  
**schwarze Schmach**  
Freitag bis Sonntag  
**Der Schmied  
von der Ruhr.**  
Anfang 8 Uhr.

**Junger Kaufmann**  
sucht sofort Stellung  
für leichte Büro-Arbeiten  
Paul Luder, Merseburg  
— Brotfußstrasse 8.  
**Metallbetten**  
Stahlmatr., Kinderbett, dir.  
ein Privates, Anzahl. 59 c. frei.  
Eisenmöbelfabr. Suhl (Th.)

**Zücht. älter. Mädchen**  
oder einfache Stütze  
für gut bürgerlichen Haushalt bei zeit-  
gemäßem Lohn sofort od. später gef. u. ch t.  
zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

**TIVOLI.**  
Heute zum letzten Male  
Die  
**schwarze Schmach**  
Freitag bis Sonntag  
**Der Schmied  
von der Ruhr.**  
Anfang 8 Uhr.



# Beilage zu Nr. 155 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 5. Juli 1923

## Wirtschaftliche Umschau.

Wie sich durch den vorübergehenden Rückgang der Devisenkurse eine letzte Steigerung in der Preissteigerung der Einfuhrwaren feststellen, so feste das Preisniveau der Inlandswaren keine Anpassung an den gesunkenen Geldwert fort. Demzufolge hat sich das Gesamtpreinsniveau weiterhin gehoben und zwar nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 41 Prozent für die Zeit vom 15.—25. Juni. Die Lebensmittel stiegen um 46 Prozent, die Industriegüter um 35 Prozent, die Einfuhrwaren um 14 Prozent, während die reinen Inlandswaren um 52 Prozent stiegen. Die Lohnbewegungen, die die Preisrevolution des Monats Juni hervorgerufen hat, scheinen überall günstig zu sein. Man hat offenbar auf Arbeitsgeberseite sich zu weitgehenden Lohnaufbesserungen entschließen können. Auch in der niederschlesischen Landwirtschaft, wo der Landarbeiterstreik beilege ist, sieht die Regelung der Lohnfrage hervor. Was die grundsätzlichen Erörterungen über die in der nächsten Zeit zu befolgende Lohnpolitik anbetrifft, so sind die Beratungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft, deren Austausch in vertraulichen Sitzungen die Lohnfrage behandelt, noch nicht abgeschlossen. Inzwischen verläßt die Regierung durch die verschiedenen Maßnahmen, die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Tagen zu halten. Der Verkehr auf dem Markt für fremde Zahlungsmittel ist neu geregelt worden, vor einiger Zeit sind eine Reihe von Bankgeverordnungen erlassen worden, die das bisher geltende Währungsrecht zusammenfassen und ordnen. Allerdings haben die Ausführungen dieser regierungsseitigen Verfügungen auf große Hindernisse, deren härtestes die Haltung der Disputationsmächte im besetzten Gebiet ist. Der General Deputat und ebenso die Rheinlandkommission haben nämlich die Devisenverordnungen vom 8. Mai und 22. Juni für „nicht anwendbar“ im besetzten Gebiet erklärt. Dadurch besteht nach wie vor das bestimmte Loch im Westen, und der schwarze Devisenhandel kann im besetzten Gebiet blühen und gedeihen, alles unter der Ehre der Franzosen, die selbstverständlich das größte Interesse daran haben, daß die Entwertung der deutschen Papiermark nicht aufgehalten wird, und daß die deutsche Volkswirtschaft nur ja nicht Atem schöpfen kann. Daneben haben die Franzosen fort, deutsche Banken im besetzten Gebiet auszurauben, um mit diesen gestohlenen Papiermilliarden an den Auslandsbörsen zum Schaden der deutschen Balcia zu operieren. Ja, selbst damit geben sie sich nicht einmal zufrieden, sie legen auch Fallminnerverordnungen an.

Bei der fortschreitenden Geldentwertung wächst naturgemäß der Einnahmebedarf des Reiches immer mehr. Vor kurzem hat der Reichstag erst die einmalige Erhebung

(in zwei Raten) eines vielfachen der Zinsanteile zur Finanzierung der Brotgetreidebeschaffung im kommenden Getreidejahr beschlossen. Der Steuerausfluß des Reichstages beschloß die Erhöhung der Zinsrate einer Reihe von Verbrauchssteuern, die Beseitigung der Augustvorauszahlungen, auf die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer. Weiterhin hat das Reichswirtschaftsministerium dem Ausfuhrabgabenausschuß des Reichswirtschaftsrates einen Entwurf zur Erhöhung bzw. Wiedereinführung der Ausfuhrabgabe zugehen lassen. Dieser Entwurf sieht einmal eine Einschränkung der erst vor kurzer Zeit neu aufgestellten Ausfuhrfreileite vor, sowie Anzuschläge zur Ausfuhrabgabe. Ferner hat die Reichspostverwaltung den Tarifausfluß des Verkehrsministeriums, der am 3. Juli zu einer Sitzung zusammentritt, eine weitere Erhöhung der Tarife vom 1. August ab vorzuschlagen. Nach diesem Tarifentwurf würde ein Fernbrief 1000 Mark kosten, die Fernsprechkosten auf das Dreifache erhöht, und die Telegrammgebühr verdreifacht werden. Bekanntlich trat bereits am 1. Juli eine schon beschlossene Tarifierhöhung bei der Post in Kraft, nach der ein Fernbrief 300 Mark kostet!

Während sich vorübergehend auf dem Devisenmarkt eine leichte Entspannung bemerkbar machte, so der ersten der Anruf des Reichswirtschaftsministers Dr. Beder an den Handel und an die Industrie betrug und zweitens die Möglichkeit der Beiriedigung der Devisenanfrage durch die Reichsbank, zeigt der Effektenmarkt durchweg eine feste Tendenz. Dazu trägt viel bei, daß von einer Geldmarkterhöhung, wie sie sonst mehr oder minder stark im denkwürdigen aufzutreten pflegt, keine Rede sein kann. Die Papiergeldmaßnahmen, die durch die erhöhten Gehalts- und Lohnzahlungen in den Betrieben stießen, haben, soweit sie nicht zu konsumtiven Zwecken oder zur Vorbeugung mit Waren verwendet werden, eine möglichst wertbeständige Anlagemöglichkeit. Der Markt der unnotierten Werte sieht seit den letzten Tagen im Vordergrund des Interesses, abgesehen von einzelnen Spezialpapieren am Aktienmarkt, in denen Konzenzläufe vor sich gehen. Ebenso ist das Interesse des Publikums für die wertbeständigen Anleihen unvermindert groß. Die von der Stadt Berlin kürzlich aufgesetzte Roggenanleihe ist nicht weniger als 8½ mal überzeichnet worden. Danach darf man auch auf einen großen Erfolg für die neue von der Roggenrentenbank M. G. Berlin herausgegebene Roggenanleihe rechnen. Die genannte Bank gibt Rentenbriefe in Höhe von 100 000 Zentner Roggen zu 3 Prozent unter dem mittleren Preis für märkischen Roggen aus; die Zeichnungsfrist läuft vom 2.—7. Juli.

Die Verhandlungen über die Ausgestaltung des Rapallovertrages haben zwischen den deutschen und russischen Sachverständigen begonnen. Man wird zunächst über den Abschluß eines Konsularvertrages verhandeln.

## Ist Goldmark gleich Papiermark!

In den „VPM“ lesen wir: In dieser Frage hatte das Amtsgericht Leipzig als Vormundschaftsgericht Stellung zu nehmen. Einer Minderjährigen war eine Hypothek von 4000 Talern für den 30. Juni d. J. pfändlich worden. Zur Befriedigung dieser Hypothek beantragte der gesetzliche Vertreter des Kindes die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Durch Beschluß vom 25. Juni 1923 lehnt dies die Genehmigung ab, „solange nicht feststeht, daß die Bilanzzahlung in einer den Vorschriften der §§ 241—245 § 607 Abs. 2 und 2 entsprechenden Weise erfolgt.“ Das Vormundschaftsgericht führt dann weiter aus:

Unter den heutigen Verhältnissen ist als zweifellos anzunehmen, daß der Schuldner die Summe in der jetzigen Papierwährung zurückzahlen will, und zwar mit 12 000 Papiermark, während die Schuld in Goldwährung zurückzahlen gewesen wäre. Aus diesem Grunde ist die Bilanzzahlung zur Zeit erfolgt. Der Schuldner müßte, um einen Betrag von 12 000 Mark in Goldwährung aufzubringen, eine Summe von mehr als 240 Millionen Papiermark zahlen, und das wird er nicht wollen. Die Schuld war eine solche in Italien, einer Münzforte, die nicht mehr in Umlauf ist, und es trat deshalb nach §§ 645, 242 BGB nach Einziehung der Forderung an ihre Stelle die entsprechende Summe von 12 000 M. in Goldwährung. Diese Summe kann nur durch eine Leistung in gleicher Art, Menge und Güte beglichen werden (§ 607 BGB). Durch die Zahlung in der jetzt in Umlauf befindlichen Papiermark in Höhe von 12 000 Mark wird dies nicht erreicht, weil die Papiermark der Goldmark nicht im Kurse gleichsteht. (Vgl. die Entscheidung des Oberlandesgerichts Darmstadt vom 5. April 1923 und die Ausführungen des Reichsgerichtsrates Keller in den „Verlässiger Menschen Nachrichten“ vom 30. Mai 1923.)

Die Einwendung, daß durch die Befehle vom 9. August 1914 die Goldwährung durch die Papierwährung ersetzt sei und Zahlungen statt in Gold in dem im Gesetz bezeichneten Papiergeld erfolgen könnten (vgl. die neuerliche Entscheidung des Kammergerichts in Berlin), ist nicht haltbar, denn damit ist noch nicht gesagt, daß die frühere Goldschuld durch die gleiche Summe Papiergeld beglichen wird. Das Gesetz kann nur bestimmen, daß das zur Zeit anzunehmende Zahlungsmittel statt Goldgeld jetzt Papiergeld ist, aber es hat nicht die Macht, dem Goldgeld den gleichen Wert wie dem Papiergeld in gleicher Summe beizulegen. Das Wertverhältnis des Papiergeldes zum Goldgeld richtet sich nach dem Kurs und nach wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Reich erkennt selbst die Minderwertigkeit des Papiergeldes an, denn seine Behörden, Post und Bank, zahlen für eine Part Gold jetzt den äquivalenten Betrag an höheren Betrag in Papiermark.

Es würde unbillig sein und Freu und Glauben nicht entgegen, wollte man behaupten, daß eine Goldschuld in gleicher Summe in Papiermark beglichen werden könnte. Es wäre auch widersinnig, wenn das Gesetz auf der einen Seite den Gläubiger durch hypothetische Sicherheit vor

Berlin beobachten aber auf der anderen Seite gestatten würde, daß seine Forderung durch Eingabe einer wertlosen Scheinung juristisch gemacht würde. Daß dies nicht der Wille des Gesetzes ist, geht aus den Bestimmungen in §§ 241 bis 245, besonders 241 Abs. 2 (vgl. Kurswert) und § 607 BGB, klar hervor.

Damit nicht das Schuldverhältnis durch Zahlung in Papiermark erlischt (§ 364 BGB), wird die Gläubigerin die Annahme verweigern müssen oder zum mindesten sich dabei vorbehalten müssen, daß die Forderung nicht erlöschen sei und die Einlösung abbleiben müssen.

Mit dieser Entscheidung ist zweifellos noch nicht das letzte Wort zur großen Streitfrage gesprochen. Der Schuldner ist berechtigt, den Rechtsmitteln einzuschalten und die Sache vor das Oberlandesgericht in Dresden zur Entscheidung zu bringen. Die Entscheidung trifft zwar nur für Sachfen zu, es ist aber anzunehmen, daß auch andere Gläubiger sich ihr anschließen werden.

## Politische Rundschau

### Inflationistische Brotpolitik.

In dem soeben erschienenen zweiten Jahrgang der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ werden in einem Aufsatz „Die Inflationsfaktoren des amtlichen und freien Brotpreises“ auseinandergesetzt und dabei finden sich manche interessante Zusammenhänge und Befunde, die umso beachtenswerter erscheinen, als man bei dem offiziellen Charakter der Zeitschrift noch annehmen muß, daß die Veröffentlichungen mit Wissen und Willen der im Einzelfall zuständigen Ministerien erfolgen. Wir lesen hier: „So entstehen aus der Inflationssituation zwei Inflationssituationen: und zwar aus dem Preisanstieg sowie aus dem ungedeckten Teil des landwirtschaftlichen Produktionsaufwandes, der im ersten Jahre (der Umlage, also 1921/22) dauernd zunimmt, im zweiten Wirtschaftsjahre jedoch zu ungunsten des Preisanstieges durch fortwährende Erhöhung des Umlagepreises in gewissem Grade beschränkt bleibt.“ Damit wird von amtlicher Seite nunmehr nachdrücklich das zugegeben, was die Vertreter der Landwirtschaft und die einschlägigeren Kreise der bäuerlichen Bevölkerung bereits im Jahre 1921, als es sich um die erste Umlage handelte, als zwingende Notwendigkeit vorangeführt hatten. Auch sonst enthält die Abhandlung manche interessante Zusammenhänge, so insbesondere über die Mißverhältnisse der Umlagegetreides. Es ist nur zu bedauern, daß in diesem Zusammenhang außer den beiden zugegebenen Inflationsquellen nicht auch die dritte entscheidende erwähnt ist, die in der Einengung der landwirtschaftlichen Produktion und dem dadurch erhöhten Einfuhrbedarf zu erblicken ist.

### Ingenieurpolitische Debatte im Reichstag.

Berlin 4. Juli. Der Reichstag des Reichstags bestimmte in seiner gestrigen Sitzung, daß das Gesetz über Aufwertung der indirekten Steuern, dessen Beratung ursprünglich für heute in Aussicht genommen war, erst am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Am Donnerstag wird der Reichstag und einmal zusammen treten, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob in dieser Woche noch eine ingenieurpolitische Debatte stattfinden soll. Der Reichstag hofft jedoch einen vorläufigen Abschluß in seinen Arbeiten machen und sich vertagen zu können. Es steht jedoch noch nicht fest, ob die Vertagung

sich nur auf eine kurze oder gleich auf längere Zeit erstrecken wird.

### Entlassungszeugen für Judet.

Paris, 4. Juli. Am Freitag Abend wurde gestern die Weitervernehmung der Entlassungszeugen fortgesetzt. Nach den Generalen und dem Abgeordneten Koblentz, die vorgelassen von der Unschuld des Angeklagten Zeugnis ablegten, kam gestern der frühere Reichspräsident Sere de Rethovier zu Worte. Er erklärte, daß Judet der beste Patriot gewesen sei und sein ganzes Leben im Kampfe gegen Deutschland verbracht habe. Der frühere Ministerpräsident und Kriegsminister Painlevé erklärte als Zeuge, daß er stets ein politischer Gegner Judets gewesen sei, lieber den Spionagegeheimen und Abwehrgeheimen, der nach der Regierung Clemenceau eingetriggt wurde, äußerte er sich abschlägig und erklärte, daß die sogenannten deutschen Dokumente, die durch diesen Dienst und mit Hilfe eines deutschen Spions beschafft wurden, noch einer genaueren Nachprüfung bedürftig hätten. Ein weiterer Zeuge, Senator und früherer Kriegsminister Bessin erklärte gleichfalls, daß er Judet für einen sehr guten und unverfälschten Patrioten gehalten habe.

Seit dem Auftreten der Entlassungszeugen ist ein schieferer Umschwung im Prozeß zu beobachten. Der Verteidiger kündigte für die kommenden Sitzungen weitere Überzeugungen an.

### Ungarisch-magyarisches.

#### Ober: Regierungszusammengehör für die Wahlen.

Am vergangenen Donnerstag, dem 28. Juni, gab es in der Kammerführung in Prag, wieder ungetragene Vermutungen. Die so oft schon gab den Grund dazu die mehrwürdige Politik der tschechischen Regierung. Diesmal war nicht eine Vergewaltigung irgend einer Minderheit der Grund, sondern nur erst der Versuch. Die Kommunisten machten Entwürfe über Wahlbezirkeinstellungen in Karpatenrußland, die einen Versuch der Regierung, in größtem Ausmaß schließlichen der Gemeindeführer herbeizuführen, darstellten. Die geheime Anweisungen der Regierung an die verschiedenen Behörden in Karpatenrußland und der Slowakei werden im Original vorgelegt. Nach diesen Dokumenten werden die Bezirksämter in Karpatenrußland aufgefordert, in jeder Gemeinde 2 bis 3 Vertrauensmänner auszuwählen, welche der Überprüfung treu ergeben sind. Diese sollen die Behörden von jedem wichtigen politischen Ereignis „verständigen“, und mit Hilfe dieser Vertrauensmänner sollen die Gemeinden die kommenden Gemeindeführer beauftragen. Die Vertrauensmänner haben hierfür von den Behörden Geldentlohnungen zu erhalten.

Dies war der Inhalt des ersten Dokumentes. Der zweite vertrauliche Erlaß fordert die Karpatenrußland Behörden an, in jeder Gemeinde Vertrauensmänner auszuwählen, die Männer für die Gemeindeführer anfertigen zu lassen. Er enthält gleichfalls die Erklärung, daß diese Leute aus dem Dispositionsfonds der Regierung für die zukünftigen Wahlen bezahlt werden können.

In dem dritten Geheimlaß werden die Behörden aufmerksam gemacht, daß die genannten Vertrauensmänner die größte Aufmerksamkeit den künftigen Wählerlisten zuwenden sollen und sich darum zu kümmern haben, daß nur staatsfreundliche Personen eingetragen werden! Es ist notwendig, heißt es in diesem Erlaß, daß das tschechische Element überlassen wird. Personen, welche magyarisch oder kommunistisch

denken, sind nicht als staatsfreundlich anzusehen. Wo es keine vertrauenswürdigen Männer gibt, habe die Funktion des Vertrauensmannes der Gendarm zu übernehmen.

Auch ein Beitrag zu dem Schicksal und Weidensweg der Minderheiten, für deren Rechte eingetreten der Völkerverbund berufen sein soll.

## Aus Provinz und Reich

### Neuorientierung eines Eiserfüchtigen.

Berlin, 30. Juni. Wegen versuchten Mordes hatte sich der Volksgewerkschaftsleiter Wilhelm Gehrt vor den Berliner Geschworenengericht zu verantworten. Der jetzt 53-jährige Angeklagte hatte bis dahin ein tadelloses Leben geführt und war bis zum Jahre 1918 ein liebevoller Gatte gewesen, bis ihm die Arbeiterin Anna Hoffmann, eine Waise, in den Weg kam. Zu ihr erkrankte er betört in Liebe, daß er vollständig in ihren Bann geriet. Im vorigen Jahre lernte Anna Hoffmann aber einen Mann namens Wilhelm Müller kennen, der ihr die Ehe versprach. Dieser Umstand veranlaßte sie, ihrem verheirateten Liebhaber den Kaufpaß zu geben. Der Angeklagte wollte aber von ihr nicht lassen. Er schrieb ihr mehrfach Briefe und drohte ihr, daß er sie und sich erschließen müsse, wenn sie nicht mehr zu ihm zurückkehre. Anfang Juli vorigen Jahres erzwangte er die Frau vor der Fabrik, in der sie arbeitete, aufzusuchen und er ganz ruhig, gab ihr die Hand und verließ sie, er werde sie von nun an in Ruhe lassen. Als die Hoffmann abgenommen zur Fabrik zurückging, trat der Angeklagte ihr mit dem Messer in der Hand entgegen und gab, ohne ein Wort zu sagen, mehrere Schüsse ab, von denen einer die Frau leicht am Kopfe verletzete. Gehrt wollte dann die Waffe auf sich selbst richten, wurde aber von den herbeigeeilten Passanten daran gehindert.

Der Gericht erklärte der Angeklagte, daß er derartig im Liebesbann gewesen sei, daß er nicht gewußt habe, was er tue. Er sei ohnehin ein starker Trinker und habe sich in seiner Verzweiflung in jenen Tagen vollkommen unter Alkohol gesetzt. Seine Absicht sei gewesen, sich vor dem Augen seiner Angebeteten zu erschließen. Der Verteidiger betraf sich darauf, daß Medizinalrat Dr. Erdmer den Angeklagten seinerzeit beobachtet habe und zu dem Urteil gekommen sei, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat geistesverwirrt gewesen sei. Das Gericht verurteilte Gehrt zu einem Jahr Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Es wurde dem Angeklagten aber eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt.

### Der Brand in Berlin.

Drei berühmte Paläste zerstört.

Berlin, 29. Juni. Bei dem Brand in der Verbotenen Stadt sind drei berühmte Paläste zerstört und viele wertvolle Kunstwerke vernichtet worden. Der Kaiser soll den ersten Alarm um Mitternacht selbst gegeben haben, aber die Wächter sollen sich zuerst geweigert haben, die Feuerwehre zuzulassen, weil sie Wänderungen befürchteten. Als die Feuerwehre endlich erschien, waren bereits mehrere Gebäude zerstört. Schließlich wurde der Brand durch Wiederlegen kleinerer Gebäude gestoppt. Das Feuer wird auf kurzschluß zurückgeführt.

Eine entscheidende Erkenntnis hat der Bund sachlicher Staatsbeamten am 15. 4. 1923 abgelegt; im vorliegenden Bericht heißt es: